

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Freitag, 1. August 2025 - Nr. 176/31 D1

HERAUSGEGEBEN VON GERALD BRAUNBERGER, JÜRGEN KAUBE, CARSTEN KNOP, BERTHOLD KOHLER

3,90 € F.A.Z. im Internet: faz.net

Knapp drei Millionen Arbeitslose

ak/nkur. FRANKFURT. Rund 2,98 Millionen Menschen waren im Juli in Deutschland arbeitslos gemeldet. Das teilte die Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg mit. Damit stieg die Zahl im Vergleich zum Vorjahresmonat um 171.000. Die Arbeitslosenquote liegt nun bei 6,3 Prozent. Die anhaltende Konjunkturlaute spiegelt sich weiterhin auch am Arbeitsmarkt wider. Die Chefin der Arbeitsagentur, Andrea Nahles, rechnet vorerst nicht mit einer Besserung: „Wir werden im nächsten Monat wahrscheinlich die drei Millionen überschreiten.“ Zudem meldeten Unternehmen deutlich weniger offene Stellen, die Nachfrage nach Personal bleibt schwach. Eine Trendumkehr erwartet Nahles erst im nächsten Jahr. Das Arbeitsmarktbarometer des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hatte zuletzt ungeachtet zahlreicher Hubschichten aus der Wirtschaft Hoffnung auf Erholung im Herbst gemacht. Die Konjunktur setzt indes auch den Ausbildungsmarkt unter Druck, wie aus einer Umfrage der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) hervorgeht. Demnach plant mehr als jedes vierte Unternehmen, sein Ausbildungsangebot zu verringern. (Siehe Wirtschaft, Seite 19.)

Bohren, wo andere Urlaub machen



Öl vor Usedom – In Polen waren sie aus dem Häuschen: Schwarzes Gold, und dann noch so viel! Gerade erst konnte der „größte konventionelle Ölfund“ in der Geschichte des Landes vermeldet werden, im flachen Wasser, nur sechs Kilometer vor der Küste Usedom. Auf der deutschen Seite

der Insel ist man nicht euphorisch, sondern geradezu entsetzt. Bohrinseln und Tanker in Sichtweite der Seebäder? Das zerstört Tourismus und Natur, heller Wahnsinn! Die Postkarte zeigt die Idylle von Swinemünde, das heute Świnoujście heißt, im Jahr 1908. **Seite 3**

Foto AKG

Schadensbegrenzung in Kiew

Von Reinhard Veser

Was am Donnerstag im Parlament in Kiew geschehen ist, war Schadensbegrenzung. Die von den Abgeordneten ohne Gegenstimmen beschlossene Wiederherstellung der Unabhängigkeit der Antikorruptionsbehörden war das Mindeste, was sowohl die ukrainische Gesellschaft als auch die westlichen Unterstützer des Landes erwarten konnten. Die Eindeutigkeit des Votums zeigt, dass die Parlamentarier (und allem Anschein nach auch die Mannschaft Präsident Wolodymyr Selenskyjs) den Ernst der Lage verstanden haben. Auf dem Spiel stand die weitere Fähigkeit der Ukraine, sich gegen die russische Aggression zu verteidigen. Hätte Selenskyj nach der Attacke auf die Antikorruptionsbehörden vorige Woche nicht rasch eine Rolle rückwärts gemacht, wären das dafür nötige Mindestmaß an nationaler Einheit und die unabdingbaren Finanzhilfen aus dem Westen in akuter Gefahr gewesen.

Der Schaden ist auch nach dem Beschluss vom Donnerstag noch groß

genug. So wichtig die schnelle Wende war, sie kann das zerstörte Vertrauen nicht wiederherstellen. In der ukrainischen Gesellschaft fürchten viele, dass Selenskyj und seine Leute nach diesem missglückten Anlauf, die Antikorruptionsermittler an die Leine zu nehmen, versuchen werden, das gleiche Ziel auf eine weniger offensichtliche Weise zu erreichen. Man kann sicher sein, dass die ukrainischen Medien und die gesellschaftlichen Organisationen jedes Anzeichen dafür aufmerksam registrieren und öffentlich machen werden.

Aber es wird in dem vom Krieg getroffenen und ermüdeten Land schwerfallen, noch einmal einen solchen öffentlichen Druck auf die Regierung zu erzeugen wie in den vergangenen Tagen. Es ist deshalb an der EU und ihren Mitgliedstaaten, solche Warnsignale aus der Ukraine aufmerksam zu registrieren und die ukrainische Führung unverzüglich und deutlich darauf anzusprechen. Es geht dabei um Europas Sicherheit. Denn in der Ukraine wird auch unsere Freiheit verteidigt.

Sozialbetrug einfach wegsprengen?

Von Reiner Burger

Ein gewaltiger Knall – und sechs Sekunden später war wieder ein Stück Duisburger Geschichte zu Ende. Nach monatelangen intensiven Vorbereitungen brachte am Sonntag im Stadtteil Hochheide ein Sprengmeister den dritten „Weißen Riesen“ seit 2019 zu Fall. Als diese Hochhäuser in den Siebzigerjahren gebaut wurden, galten sie als Vorbilder der modernen Städtebaukunst. Auch wegen des schönen Ausblicks über den Niederrhein waren die Wohnungen darin begehrte. Doch dann wurden die Gebäude unzureichend instand gehalten, viele Wohnungen wechselten die Eigentümer, die soziale Durchmischung ging verloren. Schließlich galten die „Weißen Riesen“ als Brennpunkte.

Eines der Gebäude macht auch überregional immer wieder Schlagzeilen. Nach Übergriffen weigerten sich Zustelldienste, dort noch auszuliefern. Im vergangenen Herbst kam bei einer der bisher größten Razzien gegen Sozialmissbrauch in Deutschland heraus, dass in dem Hochhaus, in dem viele Familien aus Südosteuropa wohnen, für Dutzende Mädchen und Jungen Kindergeld gezahlt wurde, die dort gar nicht lebten.

Das etwas geschehen muss, ist unbestritten. Wie sinnvoll ist es dabei, heruntergekommenen, aber wie in Duisburg durchaus sanierungsfähigen und vor allem bezahlbaren Wohnraum wegzusprengen? Kann sich Deutschland das leisten, ein Land, in dem nach Einschätzung von Fachleuten schon jetzt Hunderttausende Wohnungen fehlen und in dem dennoch viel zu wenig neu gebaut wird?

An Orten wie Duisburg, wo in den vergangenen Jahrzehnten durch das Ende des Steinkohlebergbaus und den Niedergang der Schwerindustrie viele Arbeitsplätze verloren gingen und es viel Wohnungsleerstand gibt, sind jedenfalls manchmal harte Einschnitte nötig, um das Blatt zum Besseren zu wenden. Seit Jahren schon ist Duisburg dabei, auch Hochheide aufzuwerten. Zahlreiche Gebäude sind dort mittlerweile saniert. Der „Stadtpark Hochheide“ mit großzügigen Grünanlagen und stärkerem „Wir-Gefühl“ soll entstehen, verspricht die klamme Stadt, die für den Umbau vom Land Nordrhein-Westfalen und vom Bund Geld bekommt.

Fragt man Anwohner, äußern sie sich dennoch nur verhalten optimistisch. Denn das Konzept hat einen Haken. Beim erwähnten ärgsten Problem-Riesen gibt es für die Stadt wegen komplizierter Eigentumsverhältnisse bisher keine Handhabe. Auf unabschließbare Zeit dürfte dieses heruntergekommene Gebäude damit das bekannteste Beispiel für das Betrugssystem namens Problemimmobilie in Deutschland bleiben – gleichsam als weißer Riese im Raum.

Seit der EU-Osterweiterung machen den Behörden in einigen Ballungsräumen windige Geschäftsleute schwer zu schaffen, die erkannt haben, dass man Armutsmigration nutzen kann, um den Staat gleich mehrfach zu melken. Sie kaufen heruntergekommene Häuser und Wohnungen auf, oft in Zwangsversteigerungen, die sie dann zu horrenden Preisen vermieten. Gezielt machen sie sich die Hoffnungen von Menschen aus Ländern wie Bulgarien oder Rumänien zunutze. Denn nicht selten ist perfekt gesteuert Sozialbetrug Teil des Modells: Die Vermieter versorgen ihre Mieter, die meist nicht schreiben und lesen können, mit Verträgen für eine geringfügige Beschäftigung zum Mindestlohn, um es mit Bürgergeld „aufstocken“ zu lassen.

Gegen Kriminelle, die Armutsmigration ausnutzen, helfen Razzien auf Knopfdruck.

Oft behalten die Kriminellen das geringe Einkommen, das Bürgergeld und die vom Staat erstatteten Kosten für Miete, Heizung ebenso ein wie das Kindergeld. Den Armutsfüchtlings bleibt oft nur, was sie mit Schwarzarbeit verdienen. Wie groß das Problem ist, macht eine aktuelle Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Grünen deutlich: Allein 2024 wurden 421 Fälle von „bandenmäßigem Leistungsmissbrauch“ aufgedeckt.

Deutschland profitiert erheblich von der Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU. Ohne sie würden in allen Branchen massenweise Fachkräfte fehlen. Einige wenige Kommunen, gerade im Ruhrgebiet, müssen jedoch enorme Lasten tragen, weil nicht konsequent genug gegen organisierten Sozialbetrug vorgegangen wird. Kürzlich versprach die aus Duisburg stammende Bundesministerin Bärbel Bas (SPD), die „mafiosen Strukturen“ zu zerschlagen. Dafür sei vor allem ein besserer Datenaustausch zwischen Finanzämtern, Jobcentern, Familienkassen und Sicherheitsbehörden nötig.

Es ist zum Haarerufen. Denn diese Problembeschreibung ist spätestens bekannt, seit es vor sechs Jahren einen Modellversuch in Krefeld gab, bei dem Spezialisten des Landeskriminalamts NRW anhand eines Abgleichs sämtlicher bei den Ämtern verfügbarer Daten herausfanden, dass aus Südosteuropa stammende Personen in rund 80 Fällen seit Jahren unrechtmäßig Kindergeld bezogen. Solche Razzien auf Knopfdruck müssen Standard werden, dann lässt sich auch das Phänomen Problemimmobilien nachhaltig bekämpfen.

Wer wird Salzburgs neue Operndiva?

Seit Anna Netrebko in Salzburg nicht mehr eingeladen wird, ist die Stelle der Diva vakant. Wer folgt ihr nach?

Feuilleton, Seite 11

Rennen gegen die Zeit

Gegen die Ausbreitung von Malaria in Afrika müsste rasch gehandelt werden. Stattdessen bremsen Mittelkürzungen.

Politik, Seite 4

Ungezügelter Treibhausgas

Amerikas Energieimperien rasen zurück in die fossile Vergangenheit, der Staat wird so um Milliarden reicher.

Feuilleton, Seite 11

Die nächsten Zölle

Indien fühlt sich von Trump verraten, denn der US-Präsident erklärt auch noch Pakistan zu seinem neuen Liebling.

Wirtschaft, Seite 18

„Nahezu alles ist Emotion“

Als Kind musste Miron Muslic aus Bosnien fliehen, sein Hobby ist Geopolitik. Nun will er Schalke 04 zum Erfolg führen.

Sport, Seite 32

Gedämmt, nicht geheizt

Serieller Bau ist nichts Neues, serielles Sanieren schon eher. Vonovia will seinen Bestand für Mieter günstig aufbessern.

Immobilien, Seite 20

Briefe an die Herausgeber, Seite 7

Querdenken-Gründer weitgehend freigesprochen

rs. STUTTGART. Das Landgericht Stuttgart hat Michael Ballweg, den Gründer der „Querdenken-Bewegung“, vom Vorwurf des versuchten Betrugs freigesprochen. Die Vorsitzende Richterin sprach von einem „geringen Schuldgehalt“. Wegen Steuerhinterziehung wurde Ballweg hingegen verwahrt und mit einer Geldstrafe für 30 Tage zu je hundert Euro belegt. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass er für seine Umsatzsteuererklärung private Rechnungen zu Unrecht eingereicht hat. Die Staatsanwaltschaft will prüfen, ob sie gegen das Urteil Revision einlegt. (Siehe Seite 4.)

Polizei geht von Sabotage an Bahnstrecke aus

reb. DÜSSELDORF. Nach dem Feuer in einem Kabeltunnel einer wichtigen Bahnstrecke in NRW geht die Polizei „aufgrund der Umstände“ am Brandort von einem Sabotageakt aus, wie ein Sprecher der F.A.Z. sagte. „Einen Unfall oder einen technischen Defekt können wir ausschließen.“ Ein Sprecher der Deutschen Bahn sagte, zwischen Duisburg und Düsseldorf seien vier Kabel auf einer Länge von 60 Metern beschädigt worden. Der Fern- und Regionalverkehr werde umgeleitet. Erwartet wurden am Donnerstagmorgen stundenlange erhebliche Beeinträchtigungen.

Bahn strebt Pünktlichkeit von 65 Prozent an

tih. FRANKFURT. Die Deutsche Bahn macht weiterhin Verluste, will aber im Gesamtjahr „etwas mehr als eine schwarze Null“ erreichen. Das kündigte der Staatskonzern am Donnerstag in Berlin an. Bahn-Chef Richard Lutz bekräftigte das Ziel, im Gesamtjahr im Fernverkehr eine betriebliche Pünktlichkeit von 65 Prozent zu erreichen. Das klingt ambitioniert angesichts der Tatsache, dass ICEs seit Jahresbeginn fast durchgehend von Monat zu Monat immer größere Verspätungen eingefahren haben und nicht nur Fachleute die Lage auf der Schiene als desaströs einschätzen. (Siehe Wirtschaft, Seite 22.)

Litauens Regierungschef Paluckas tritt zurück

lock. WARSCHAU. Der litauische Ministerpräsident Gintautas Paluckas hat am Donnerstag seinen Rücktritt erklärt. Der 45 Jahre alte Politiker der litauischen Sozialdemokraten begründete den Schritt damit, Schaden von der Regierung und seiner Familie abwenden zu wollen. Gegen ihn wird unter anderem wegen des Verdachts des Kreditbetrugs ermittelt, zudem gibt es Vorwürfe des Amtsmissbrauchs. Die Dreier-Koalition aus Sozialdemokraten, der Mitte-Partei „Für Litauen“ und der populistischen Partei „Memel-Morgenröte“ steht damit vor dem Aus. (Siehe Seite 7.)

Israels Außenminister: Wir lassen uns nicht einschüchtern

Saar nennt internationalen Druck „kolossal schädlich“ / USA verhängen Sanktionen

weth/elo. FRANKFURT/BERLIN. Israel macht den internationalen Druck wegen der humanitären Lage in Gaza verantwortlich für das Scheitern der Verhandlungen mit der Hamas über einen Waffenstillstand. „Das einseitig gegen Israel gerichtete Statement von mehr als 20 Staaten, den Krieg in Gaza zu beenden, das Deutschland glücklicherweise nicht unterzeichnet hat, war kolossal schädlich für die Verhandlungen“, sagte der israelische Außenminister Gideon Saar der F.A.Z. Die Hamas habe ihre Position daraufhin verhärtet und die Verhandlungen in Doha vor einer Woche „durch neue Forderungen bewusst an die Wand gefahren“. Saar hob hervor, dass die Hamas allein für die katastrophale Lage im Gazastreifen verantwortlich sei.

Amerikas Präsident Donald Trump wies der Hamas ebenfalls die Verantwortung für das Leid zu: „Der schnellste Weg, um die humanitäre Krise in Gaza zu beenden, ist, dass die Hamas kapituliert und die Geiseln freilässt“, schrieb er auf seiner Plattform Truth Social. Für Gespräche über die humanitäre Lage traf sich am Donnerstag der US-Sondergesandte Steve Witkoff mit Israels Regierungschef Benjamin Netanjahu in Jerusalem. Die USA verhängten zudem Sanktionen gegen die Palästinensische Autonomiebehörde, da sie Terrorismus unterstütze, erklärte das Außenministerium in Washington. Kanada stellte unterdessen eine Anerkennung eines Palästinenserstaates bei der UN-Generalversammlung im September in Aussicht.

Israel werde sich nicht von der EU oder anderen Staaten unter Druck setzen lassen, sagte Saar der F.A.Z. „Wir lassen uns nicht mit Sanktionen einschüchtern oder davon, einen zukünftigen palästinensischen Staat anzuerkennen.“ Einer Zweistaatenlösung erteilte er keine eindeutige Absage. „Aber jeder, der die Realität versteht, wird klar erkennen, dass ein palästinensischer Staat, der heute gegründet wird, ein dschihadistischer Terrorstaat inmitten unseres Kernlandes sein wird.“ Außenminister Johann Wadepuhl, der gerade in Israel ist, hatte vor seiner Abreise vor einer Annexion gewarnt: „Auf einseitige Schritte wird auch Deutschland gezwungen sein zu reagieren.“ Israel befinde sich in einer „Minderheitsposition“. (Siehe Seite 2 sowie Feuilleton, Seite 11.)

Parlament stimmt für Selenskyjs Gesetz

Unabhängigkeit der ukrainischen Antikorruptionsbehörden wiederhergestellt

ropu/lock. FRANKFURT/WARSCHAU. Das ukrainische Parlament hat einstimmig dafür gestimmt, die Unabhängigkeit der Antikorruptionsbehörden wiederherzustellen. Insgesamt 331 Abgeordnete votierten für den Gesetzentwurf von Präsident Wolodymyr Selenskyj, den dieser nach massiven Straßenprotesten und Kritik von europäischen Partnern ins Parlament eingebracht hatte. Bereits Stunden nach der Abstimmung setzte Selenskyj das Gesetz mit seiner Unterschrift in Kraft. Die Antikorruptionsbehörden NABU und SAP unterstehen nun nicht mehr der – als politisch kontrolliert geltenden – Generalstaatsanwaltschaft. Mitarbeiter mit Zugang zu Staatsgeheimnissen müssen sich aber künftig regelmäßig Tests mit Lügendetektoren stellen.

Lob für die Entscheidung gab es aus Brüssel. „Präsident Selenskyjs Unterschrift unter das Gesetz zur Wiederherstellung der Unabhängigkeit von NABU und SAP ist ein willkommener Schritt“, schrieb EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen auf der Plattform X. EU-Erweiterungskommissarin Marta Kos schrieb, das Parlament habe „die schädliche Abstimmung von letzter Woche korrigiert“. Das neue Gesetz stelle wichtige Schutzmaßnahmen wieder her, „aber es gibt weitere Herausforderungen“. Die Wahrung grundlegender Werte und die Korruptionsbekämpfung müssten weiter Priorität haben. Auch von der Leyen mahnte die Fortsetzung der Reformen an. Unterdessen gibt es widersprüchliche Angaben über den Status der ostukraini-

schen Frontstadt Tschassiw Jar. Moskau erklärte am Donnerstag, dass seine Armee nach 16 Monaten Kampf die Kleinstadt, in der einst 12.000 Einwohner lebten, bei einer Offensive in Richtung Kramatorsk eingenommen hat. Die ukrainischen Streitkräfte wiesen diese Behauptung zurück. Die Meldung sei „natürlich nicht wahr“, sondern „eine komplette Lüge“, teilte ein Sprecher des ukrainischen Militärs mit. „Die Lage in Tschassiw Jar ist die gleiche wie in den letzten Monaten.“ Auswertungen der nicht staatlichen ukrainischen Kriegsbeobachterorganisation Deep State legen allerdings nahe, dass russische Truppen die größten Teile der strategisch wichtigen Stadt kontrollieren. (Siehe Seiten 2, 3 und 10.)



Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH; Kundenservice: (069) 75 91 - 10 00, Telefax: (069) 75 91 - 21 80 oder www.faz.net/meinabo. Briefe an die Herausgeber: leserbriefe@faz.de
Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Österreich, Niederlande, Portugal (Cont.), Spanien 4,70 € / Kanaren, Balearen 4,90 € / Schweiz 5,70 sfrs